



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2016, Interlaken

Corrado Pardini, Nationalrat, Leiter Sektor Industrie und Mitglied GL Gewerkschaft Unia

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Freundinnen und Freunde

Ich bin froh, zu sehen, dass Ihr die Invasion der Ausserirdischen überlebt habt. In Interlaken ist noch immer ein Stein auf dem anderen, trotz Frau Petry und AUNS im Mystery-Park. Die Deutsche möchte auf Kriegs- und Hungerflüchtlinge schiessen. Das ist geisteskrank und menschenverachtend.

Im Mittelmeer ersaufen sie gerade wieder zu Tausenden, auch während ich hier spreche, weil Europa alle anderen Wege zugemauert hat. Aber die SVP lässt sich von Petry als «grosses Vorbild» feiern. Wollen auch Röstli und seine Parteifreunde bald auf Flüchtlinge schiessen? Das Schlimme an dieser Frage ist: So wie die Dinge stehen, haben wir darauf keine sichere Antwort. Jedenfalls solange sich die Röstis dieser Schweiz ihre Kommandos in Herrliberg Züri abholen, beim Führer, Milliardär und Medienzaren, der sich neuerdings mit verfolgten Juden vergleicht. Der Irrsinn regiert.

Psychologen sagen, dass solche Männer den anderen vorwerfen, was sie selber tun.

Aber wie ich sehe, wenn ich um mich schaue, tragt ihr Eure Köpfe noch auf den Schultern. Im Oberland gibt es noch viele klar denkende, bodenständige Kolleginnen und Kollegen. Ich danke Euch dafür, dass Ihr hier seid. Und dass ihr sagt: Mit uns macht man das nicht!

Dieser Satz: Nein, mit uns macht man das nicht! ist 2016 der vielleicht wichtigste Satz überhaupt geworden. Vor einem Jahr habe ich am 1. Mai in Bern gesprochen. Damals habe ich gesagt: «Heute müssen wir über einen geplanten Umsturz in der Schweiz reden. Über einen angesagten Putsch.» Das war vor den Wahlen. Einige Freundinnen und Freunde fanden das übertrieben. Die Schweizerillustrierte ehrte mich mit für meine 1. Mai-Rede mit einem Kaktus – mit der Begründung meine Aussage sei übertrieben.

Heute ist der Umsturz längst im Marsch. Vor zwei Wochen hat die neue rechts-rechte Mehrheit in der Kommission für Wirtschaft in rekordverdächtiger Eile weit über 4 Milliarden Franken Geschenke für die Reichen und Superreichen durchgewinkt. Während der Bundesrat bei Bildung, Sozialem, Forschung, Solidarität, AHV knausert und spart und zusammenstreicht.

Ich habe mich dagegen gestemmt. Doch im Bundeshaus regiert längst der Paradeplatz. SVP, Freisinn und CVP kippen jeden Kompromiss. Die Unternehmenssteuerreform III haben sie zu einer Geldkuh für die Aktionäre umgebaut. Zu einem neuen Volksbetrug, nachdem man uns schon mit der

Unternehmenssteuerreform II um über eine Billion Franken betrogen hat. Ein Billion sind Tausend Milliarden. Wir werden diesen neuen Betrug an der Urne mit einem kräftigen Mehr versenken. Mit uns nicht!

Die 99 Prozent in der Schweiz, die von ihrer Arbeit leben, sollten wissen, dass wir seit Oktober 2015 in einer anderen Schweiz leben. Das eine Prozent nimmt sich alles. Dafür sorgen seine Knechte in SVP und FDP. Und wie sich diese Herren und wenigen Damen der brutalen Bürgerlichkeit aufspielen! Mit brechreizender Arroganz treten sie in den Kommissionen auf. Sie diskutieren nicht, sie bellen Befehle. Über die Arbeitenden und den Werkplatz reden sie mit höhnischer Verachtung. Kommt ins Bundeshaus, liebe Freundinnen und Freunde, und hört Euch das einmal an. Wie die auf Euch eindreschen. Schluss mit sozialem Ausgleich und Sozialpartnerschaft! Schluss mit dem Werkplatz, alles für die Banken! Schluss mit Gerechtigkeit, Schluss mit Umwelt und Energiewende! Das Militär bekommt noch schnell 5 Milliarden und auch die Bauern haben nicht zu klagen. Aber alle anderen

Wer arm ist, sagen sie, sei selber schuld. Ueli Maurer, der Panama-Versteher, der Offshore-Ueli, der noch viele neue Briefkastenfirmen und ein neues Steuerhinterziehungsgeheimnis in der Schweiz will, zählt sich selbst zu den «Armen», mit rund einer halben Million Einkommen und bald einer Riesenrente. Weiss der Mann, was eine Miete kostet und wie viel sich eine Familie jeden Monat für die Krankenkasse aus den Rippen schneiden muss? Kann sein, er leidet einfach an Realitätsverlust. Ich glaube eher, dass Ueli, der Knecht weiss, wie es um die Mehrheit steht. Aber es ist ihm egal. Denn schliesslich macht der Bundesrat der «Volkspartei» keine Politik für das Volk, sondern für den Milliardär in Herrliberg und die anderen 100 Reichsten des Landes.

Nicht einmal die AHV ist vor ihnen sicher.

Das ist ein Punkt, wo wir kurz verweilen müssen, liebe Freundinnen und Freunde. Denn hier fallen gerade die Masken.

Die AHV ist ein Grundpfeiler der Schweiz. Ihr, wir, die Gewerkschaften und die SP, haben sie erkämpft, vor noch nicht einmal 70 Jahren. Das Prinzip ist einfach: Wer ein Leben lang gechrampft hat, soll im Alter sorgenfrei leben können. Das ist jedem geschuldet, das ist eine minimale Gerechtigkeit. Auf die AHV baut viel. Zum Beispiel der Soziale Frieden.

Hier geht es also um etwas Elementares in der Demokratie. Bürgerin und Bürger kann nur sein, wer sich NICHT darum Sorgen machen muss, ob er am nächsten Tag noch genug zum Leben hat. Sozialversicherungen sind, was früher die Allmend war. Gemeinsamer Besitz. Ohne den Gemeinbesitz stirbt die Demokratie. Um diese Bedeutung der Sozialversicherungen wussten früher auch bürgerliche Denker und freisinnige Politiker. Darum steht die AHV auch in der Verfassung.

Tempi passati. Für die Bürgerlichen wiegt heute die Demokratie weniger als der Profit des Kapitals. Warum Profit, fragt Ihr vielleicht? Die Mechanik ist ganz einfach: Wo SVP und FDP die Sozialversicherungen zusammenstreichen, müssen sich die Menschen privat absichern. Ein hundertfaches Milliardengeschäft für die Privatversicherer, die Dutzende von Lobbyisten im Bundeshaus haben.

Darum reden sie die AHV schlecht. Mit millionenschweren Kampagnen schüren sie Angst und Panik. Die AHV sei nicht sicher, sagen sie. Weil die Gesellschaft «überaltere». Und immer weniger Arbeitende angeblich für immer mehr Alte bezahlen müssen. Mumpitz! Mit uns nicht! Erstens haben Menschen kein Ablaufdatum wie ein Joghurt. Zweitens ist die AHV billig, effizient, gerecht, sicher

und klug konstruiert. Seit 4 Jahrzehnten bezahlen wir immer nur 8,4 Prozent vom Lohn ein. Dennoch funktioniert die AHV, weil wir mehr verdienen und immer mehr Menschen arbeiten, übrigens dank der Immigration. 1975 waren wir 2,8 Millionen Beschäftigte, heute über 4 Millionen. Die AHV kostet wenig, bei privaten Versicherern der zweiten Säule bezahlen wir aber manchmal bis zu 40 Rappen pro Franken in Wahrheit an Versicherer, Banken, Berater. Das ist obszön, wenn Banken und Versicherer Milliardenprofite von unserem Ersparten fürs Alter abschneiden. Ganz abgesehen davon, dass die 900 Milliarden, die in der zweiten Säule stecken, die Spekulation und die Grundstückspreise, also auch die Mieten antreiben.

Bei diesen enormen Profiten kann man schon verstehen, dass die Versicherungslobby uns die AHV madig machen will. Wir sollen jetzt länger arbeiten, bis 67 oder 70 Jahre. Ein Witz. Nicht mit uns! Wir wollen im Gegenteil Frühpensionierungen für die Berufe mit schwerer Arbeit, wie wir sie auf dem Bau durchgesetzt haben.

Und überhaupt: Wo sind denn die Jobs für die Älteren? Und was geschieht mit den Jungen, wenn wir immer länger arbeiten?

Der richtige Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Stärkung der AHV. Die AHV ist für 9 Zehntel der Bevölkerung die Lebensgrundlage im Alter, nur die 10 reichsten Prozent holen mehr aus 2. und 3. Säule. Darum haben wir die Volksinitiative *AHVplus* gemacht. Die Renten müssen verbessert werden. Das ist längst überfällig. Alles andere ist menschenunwürdig. Ich zähle bei der Abstimmung am 25. September auf Euch!

Kürzlich, als ich mit einem Kollegen aus der Lehre bei der Wifag ein Bier trank, sagte er: Du redest wie ein Gewerkschafter, nicht wie ein Politiker. Ich habe nicht herausgefunden, wie er das gemeint hat, aber ich habe es als Lob verstanden. Politik kann viel bewegen. Politik ist wichtig. Doch die Wahrheit ist: Wie wir in diesem Land arbeiten und wie wir leben, hängt von den sozialen Beziehungen ab. Der Arbeitsfrieden von 1937, auf den Jahrzehnte des sozialen Fortschritts und der Verbesserung des Lebens folgten, wurde nicht im Parlament errungen, sondern durch Streiks und Arbeitskämpfe und die Mobilisierung der Arbeitenden.

Mit historischen Vergleichen sollte man vorsichtig sein. Aber ich wage die These, dass wir heute wieder in einer kritischen Lage wie in den 30er Jahren sind. Das zeigt sich daran, dass die Besitzenden die sozialen Kompromisse schleifen. Das zeigt sich am neuen Nationalismus, an der Abschottung Europas und einzelner Länder wie die Schweiz, das zeigt sich an der überall um sich greifenden neuen braunen Pest.

Heute haben FDP und SVP begonnen, die sozialen Verhältnisse von oben her umzustürzen. Sie handeln im Auftrag der Aktionäre, der Besitzenden, der wirtschaftlich Mächtigen. Sie greifen die Sozialversicherungen an. Sie haben beschlossen, im Detailhandel und anderen Wirtschaftszweigen länger arbeiten zu lassen, auch in der Nacht, am Samstag und Sonntag. Längere Arbeitszeiten sollen zur Norm werden. Geht es nach SVP und FDP, haben wir bald wieder die 5 1/2-Tage-Woche. Wollt Ihr wieder am Samstag Morgen arbeiten, wie unsere Väter? Mit uns nicht! Sie wollen die Löhne senken, auf weit unter 4000 Franken, wie es gerade der reiche Kanton Zürich betreibt. Sie wollen überall den Schutz der Arbeitenden schleifen und unsere Rechte. Mit uns nicht!

Im Parlament haben wir dreimal in Sondersitzungen über die Nationalbank und ihren überbewerteten Franken debattiert. Das war dringend nötig. Eine eigene Währung sollte uns nützen. Der Protz-Franken aber schadet uns. Er hat schon 40 000 Stellen gekostet. In der Industrie,

im Tourismus, im Handel. Ihr wisst im Oberland, wovon ich spreche. Das sind keine Jobs, das sind Existenzen, Menschen, Familien. Aber wir haben das im Parlament nie wirklich debattiert. Die Banken wollten keine Debatte, also wollten auch die SVP und die FDP nicht. Ferngesteuert hatten sie immer nur ein Argument: Die Unabhängigkeit der Nationalbank. Die ist ein Popanz. Die SNB dient den Banken und den Fonds. Mit ihrer Frankenpolitik bricht sie die Verfassung. Unabhängig ist sie nur von Volk und Demokratie.

Nationalbank-Chef Jordan will die Schweiz desindustrialisieren. Das wollen Neoliberale immer, bei Thatcher angefangen. Sie hat damals ihr Programm so beschrieben: Industrie abbauen, Gewerkschaften zerschlagen, Finanzmärkte entfesseln.

Was heute FDP und SVP treiben, der Offshore-Ueli und die Panama-Petra, ist Anti-Politik. Wenn der Finanzminister der Steuerhinterziehung das Wort redet, zeigt er der Politik den Stinkefinger. Wenn die Bürgerlichen und Schneider-Ammann sich weigern, über Industriepolitik und die Folgen der digitalen Revolution nachzudenken, zerstören sie Politik. Was Wunder, wenn heute für die Bürgerinnen und Bürger der verloderten Politik noch weniger trauen als den Journalisten.

Doch es geht um wesentlich mehr: Die Arbeitgeber und ihre Parteien, mit der SVP an der Spitze, tragen gerade das bürgerliche Zeitalter zu Grabe. Der Staat hatte darin auch die Rolle, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Ausgleich, durch soziale Sicherheit und Service public zu schaffen. Doch mit der Aufklärung haben SVP und FDP nichts mehr zu schaffen. 1789, Rousseau, Hume, Smith, Voltaire, Kant und wie sie alle heissen, sind für sie heute toter Buchstabe. Demokratie war gestern, jetzt wird der neuen Rechten und dem autoritären Kapitalismus der Weg bereitet. Der nackten Herrschaft des Kapitals.

Für mich bedeutet das nicht, die Politik links liegen zu lassen. Widerstand ist auch im Bundeshaus wichtig. Doch es bedeutet, dass **ihr** die wichtigsten Akteure seid. Nicht nur an der Urne. Überall auf der Welt nehmen Bürgerinnen und Bürger ihre Zukunft in die eigenen Hände. In vielen Ländern versammeln sich die Menschen jeden Abend auf den Plätzen und praktizieren wirkliche Demokratie.

Politik, habe ich gesagt, wird von den sozialen Verhältnissen bestimmt. Was sind soziale Verhältnisse? Sie spiegeln das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Ein Hosenlupf, den wir gewinnen, wird durch Euer Engagement im Betrieb, am Arbeitsplatz vorbereitet. Durch unsere gemeinsame Mobilisierung in Gewerkschaften. In Politik und sozialen Bewegungen. Durch Eure Präsenz hier. Durch unsere gegenseitige Solidarität. Unser Zusammenstehen. Das war schon immer so.

Aber das wisst Ihr alles.

Zusammen müssen wir AHVplus gewinnen und die Unternehmenssteuerreform III spülen. Den wild gewordenen Franken bändigen und die Industrie und den Tourismus retten. Und das ist erst der Anfang.

Wir wollen unsere Schweiz, kein Singapur in den Alpen.

Dazu sagen wir: Nicht mit uns!